

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD**

**zur Lage in El Salvador**

Der Bundestag wolle beschließen:

Mord und Gewalt haben in dem acht Jahre dauernden Bürgerkrieg in El Salvador einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit Beginn der Offensive der FMLN am 11. November 1989, der die Bedrohung und Ermordung von demokratischen Politikern und insbesondere Gewerkschaftern vorausgegangen war, sind mehr als 3 000 Tote zu beklagen: Guerilleros, Soldaten, vor allem aber Zivilisten. Die Verhandlungen zwischen der Regierung Christiani und der FMLN wurden durch die FMLN abgebrochen.

In dieser Lage fordert der Deutsche Bundestag:

1. Beide Parteien, die FMLN und die Armee sind aufgefordert, alle Kampfhandlungen sofort einzustellen.
2. Die vereinbarten Verhandlungen zwischen der Regierung Christiani und der FMLN, um Waffenstillstand und Frieden zu erreichen, sind sofort wieder aufzunehmen.
3. Die Ermordung der Jesuitenpater und ihrer Mitarbeiter sowie die vielen anderen von Todesschwadronen verübten Morde sind unter internationaler Kontrolle aufzuklären. Die Täter und ihre Hintermänner sind zu bestrafen.
4. Die staatliche Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber El Salvador wird eingestellt.
5. Neue Zusagen an El Salvador dürfen nicht gemacht werden.
6. Die für die Menschen in El Salvador notwendige Hilfe erfolgt über die Kirchen und ihre Institutionen im Lande.
7. Da die Regierung Christiani offensichtlich nicht in der Lage ist, die Vertreter der Kirchen, die demokratischen Parteien und Gewerkschaften zu schützen, muß diese Aufgabe von der Organisation für amerikanische Staaten (O.A.S.) übernommen werden.

8. Alle Staaten und Organisationen der Region sind aufgefordert, sich streng an die Vereinbarungen von Esquipulas II und Tela zu halten. Das verbietet die Waffenlieferungen nach El Salvador.

Bonn, den 6. Dezember 1989

**Dr. Vogel und Fraktion**